

Kurzbericht „Brennpunkt Türkei“

Die sehr gut besuchte Veranstaltung beleuchtete aus unterschiedlichen Blickwinkeln jene unerwartete landesweite Protestbewegung, die im Gezi-Park ihren Ausgang nahm - jener Park neben dem zentralen Taksim-Platz, der gemäß den Plänen des türkischen Premierministers Recep Tayyip Erdoğan dem Nachbau einer Kaserne aus dem 19. Jahrhundert sowie einem Einkaufszentrum weichen soll.

Nach einer kurzen Einführung von **Michael Fanizadeh** (VIDC/Wiener Institut) wurde ein fünfminütiger Film gezeigt, der einen Überblick über die vielen Initiativen gab, die im Gezi-Park aktiv waren.

Die von **Ilker Ataç** (Inst. f. Politikwissenschaft, Univ. Wien/VIDC) moderierte Veranstaltung begann mit einer allgemeinen Problemanalyse von **Cengiz Günay** (OIIP). Laut Günay bestehe ein Teil des Problems in der mangelnden Transformation der Regierungspartei AKP, die sich in diesem Konflikt als Teil des Systems, also eines weiterhin paternalistischen und zentralistischen Staates, präsentiere. Denn die Zivilgesellschaft hätte sich weiterentwickelt, sei breiter und auch mutiger geworden. Es bräuchte eine Dezentralisierung, um eine Demokratisierung des Staates voranzutreiben. Die bisherigen Reformen der AKP hätten nämlich den Staatsapparat nicht berührt; die Ausschaltung des Militärs als Machtfaktor sei passiert, ohne an dessen Stelle eine andere, ausgleichende Gewalt einzusetzen. Deshalb hätte die AKP derzeit im Staatsapparat das Machtmonopol inne. Die der AKP nahestehende Wirtschaftselite habe auch die Kontrolle über die Medien. Die Proteste, so Günay, hätten nichts mit der Rolle der Religion zu tun sondern seien als Forderung nach mehr Freiheit zu sehen.

Hakan Akbulut (OIIP) sah eine starke Zentralisierung der Proteste auf die Person Erdogans, er stehe für die gesamte AKP. Die AKP glaube, ebenso wie viele ihrer AnhängerInnen, an eine im Vorfeld geplante, gegen sie gerichtete Aktion, deren Akteure sie dem „anderen“, laizistischen Lager zuordnen. Deshalb könne die Partei ihre AnhängerInnen auch relativ schnell mobilisieren. Außerdem überzeuge sie durch ihre wirtschaftlichen Erfolge. Ebenso dürfe man die immer noch lebhafteste Erinnerung an die Putschpläne und Aktionen des Militärs gegen die AKP nicht vergessen.

Ayşe Dursun (Inst. f. Politikwissenschaft, Univ. Wien) analysierte die Rolle (muslimischer) Frauen in den Protesten. Deren Kritik würde sich sowohl gegen die Regierung richten (wie etwa deren Abtreibungs- und Familienpolitik). Sie würde sich aber auch gegen frauenfeindliche Diskurse und Praktiken innerhalb der Bewegung wenden.

Eren Kiliç (Radio Dersim auf Radio Orange) beleuchtete die Rolle der KurdInnen in der Protestbewegung. Viele KurdInnen hätten sich dieser angeschlossen und seien darin aktiv. Durch die repressive Haltung der Sicherheitskräfte und der negativen Rolle der Medien (über die Proteste in Dersim etwa sei gar nicht berichtet worden) sei jetzt auch Vielen verständlicher, welchen Repressalien KurdInnen bisher ausgesetzt gewesen seien. Die KurdInnen seien jedoch aufgrund ihrer bisherigen negativen Erfahrungen weiterhin vorsichtig, denn bisher hätte es keine wirklich vertrauensbildenden Maßnahmen seitens der Regierung gegeben.

Sabine Strasser (Inst. f. Sozialanthropologie, Univ. Bern) bewertete die Bemühungen innerhalb der Protestbewegung, Gegensätze zu überwinden und die verschiedensten Gruppen (wie Frauen, Lesben, Schwulen und Transgender-Personen) hereinzuholen, als positiv vor dem Hintergrund der Spaltung in der türkischen Gesellschaft. Diese Spaltung würde nicht zuletzt durch die Parteien geschürt, die polarisieren müssten, um wegen der hohen Wahlhürde genügend Wählerstimmen für den Einzug ins

Parlament zu bekommen. Auch würden die Medien Gegensätze verschärfen, etwa in Form einer Polarisierung zwischen den KemalistInnen auf der einen und den AKP-AnhängerInnen auf der anderen Seite. Die Wut, die sich in Form der Proteste entladen habe, sei nicht zuletzt eine Antwort auf den stockenden türkischen Demokratisierungsprozess. Die Protestbewegung selbst weise eine hohe Dynamik und Heterogenität auf. Die Kurdenfrage sei zentral, auch aus geostrategischen Gründen (Norderirak). Demonstrationen in den Kurdengebieten hätte es gegeben, etwa in Tunceli, sie seien von anderen politischen Fragen, wie dem syrischen Flüchtlinge, teilweise überlagert gewesen.

In einer zweiten Runde versuchten die ReferentInnen einen Blick in die Zukunft:

Günay konstatierte eine Entzauberung der AKP sowie einen Solidarisierungseffekt zwischen den verschiedenen Gruppen der Protestbewegung sowie eine mutigere Berichterstattung. Auch seien die Menschen nicht mehr bereit zurückzuweichen. Es gebe eine verstärkte Kritik von kurdischer Seite am Friedensprozess. Doch sei es derzeit schwer zu sagen, in welche Richtung sich der Protest entwickeln werde; es könne aber nicht mit einer Parteibildung seitens der Protestbewegung gerechnet werden.

Akbulut machte Ängste innerhalb der AKP über das Abschneiden bei den nächsten Wahlen aus, bedingt u.a. auch dadurch, dass wegen parteiinterner Regelungen einige „big shots“ nicht mehr antreten könnten. Er glaube aber nicht an große Verluste, die nächsten landesweiten Wahlen würden erst in zwei Jahren stattfinden, bis dahin habe sich die Lage beruhigt. Die große Frage sei, ob die AKP nun wieder reformwilliger werde. Eng werde es für die Partei definitiv dann, wenn sich die Wirtschaftslage verschlechtere.

Dursun sah die positive Rolle der Proteste darin, dass auch bisher nicht oder wenig gehörte Gruppen in Erscheinung hätten treten können. Fortschritte hinsichtlich der Frauenemanzipation passierten aber nicht von selbst, daher würden sich die Frauen sicherlich weiter einbringen und das sei gut so.

Kiliç betonte, dass sich die kurdische Bewegung für die Demokratisierung von Nicht-KurdInnen einsetzen würde, auch weil die Erreichung der eigenen Ziele ohne diese nicht möglich sei.

Strasser sah die zukünftige Entwicklung eher skeptisch, da Rückschläge im Prozess nicht vermeidbar seien. In Österreich sei jetzt sichtbar geworden, dass hier lebende Menschen ebenfalls ein Teil der Bewegung gewesen seien. Kritisch sah sie die hiesige Berichterstattung, die die Bewegung teilweise mit Begriffen wie „Türkenbelagerung“ verunglimpft hätte.

In der **Diskussion** wurde u.a. die Angst vor einer neuerlichen Zweiteilung des Landes (wie bereits in den 1980er Jahren erlebt) thematisiert. Die Proteste hätten sich auch an der neoliberalen Politik der AKP entzündet. Kein Zufall sei es gewesen, dass es sich u.a. um Proteste gegen Immobilien gehandelt habe.

Günay meinte, die Polarisierung in der Türkei sei auch dem Wegfall der EU-Perspektive geschuldet, die eine Zeitlang alle politischen Kräfte vereint hätte. Die EU habe sich durch die Zypernfrage selbst aus dem Spiel genommen. Die Proteste hätten sich anfangs nicht gegen Erdogan persönlich gerichtet, was sich aber mit Erdogans Reaktion darauf geändert hätte. Dursun meinte, Spaltungen müssten nicht zwangsläufig negativ gesehen werden, sie könnten auch produktiv sein. Für Strasser ging es bei den Protesten nicht nur um Immobilien sondern auch um eine symbolische Besetzung des öffentlichen Raums.

Zusammenfassung: Martina Neuwirth, VIDC